

Überleben in finsterner Zeit



Am 10. April 1933 hisst die SA die Hakenkreuzfahne auf dem Freiburger Rathaus

Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft von 1933–1945 brachten der Freiburger Gewerbebank die längste und tiefste Krise ihrer Geschichte: Am Anfang stand der größte Einbruch an Liquidität, den die Bank je erlebt hatte, am Ende die teilweise Zerstörung des Bankgebäudes und der Tod des Direktors Carl Hoffmann beim Bombenangriff am 27. November 1944. Hinzu kamen die für eine Bank in dieser Zeit unvermeidbaren Verstrickungen in das Unrechtssystem des „Dritten Reiches“.

Reibungslos und ohne nennenswerten Widerstand vollzog sich die Machtergreifung in Freiburg, wie fast überall. Am 30. Januar 1933 hatte Reichspräsident Hindenburg NSDAP-Führer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar nutzten die Nazis den Brand des Reichstages, um mit der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ die Grundrechte der Weimarer Verfassung auszuhebeln. Schon am 10. April riss der „Schriftleiter“ – so hießen damals Chefredakteure – des Freiburger NSDAP-Kampfblattes „Der Alemanne“, Franz Kerber, das Amt des Oberbürgermeisters kommissarisch an sich, am 19. Mai ließ er sich formell bestätigen. Nach nur drei Monaten war die demokratische Selbstverwaltung der Stadt durch das „Führerprinzip“ ersetzt: Anstelle des gewählten Gemeinderats amtierte ein von der NSDAP-Kreisleitung ernannter willfähriger Bürgerausschuss.

Nationalsozialismus und Mittelstand

Schon lange vor der „Machtergreifung“ hatte die NSDAP Handwerker, Händler und Gewerbetreibende umworben. Das NSDAP-Parteiprogramm propagierte die „Kommunalisierung“ der Großwarenhäuser und zugleich „schärfere Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder und Gemeinden“. Während der Weltwirtschaftskrise schwang sich die NSDAP zum Anwalt der „kleinen Leute“ auf. Die demagogische Saat ging auf und schon bald konnte die NSDAP einen starken Zustrom neuer Wähler aus diesen Bevölkerungsschichten für sich verbuchen.

Um das bedrohte Kleinbürgertum enger an sich zu binden, hatte Hitler im Dezember 1932 den „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ gegründet und dem Hitler-Jugend-(HJ)-Führer Adrian von Renteln unterstellt. Er sollte die deutschen Mittelständler zu Nationalsozialisten erziehen. Der

Kampfbund griff die Kaufhäuser jüdischer Besitzer und die „roten“ Konsumgenossenschaften an. Nicht nur mit Propaganda, sondern auch mit brutaler Gewalt. Schaufensterscheiben und Ladeneinrichtungen wurden zerstört, Verkaufspersonal bedroht. Mit Hilfe des Kampfbunds ließ sich Adrian von Renteln im Juni 1933 zum alleinigen Präsidenten des Industrie- und Handelstages wählen. Bereits im Mai war unter seinem Einfluss ein „Reichsstand des deutschen Handwerks“ und ein „Reichsstand des deutschen Handels“ gegründet worden.

Im Mai 1933 wurden die im Umfeld der SA entstandenen „Kampfbünde“ wie etwa der Kampfbund für deutsche Kultur wieder aufgelöst, weil nun die „Kampfzeit“ vorbei sei. Nur der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand bestand weiterhin. Doch sein Name erschien nicht mehr zeitgemäß, er wurde daher in „National-

sozialistische Handwerks- und Gewerbe-Handelsorganisation“ (NS-Hago) umbenannt. Im August 1933 wurde die Hago auf Anordnung Hitlers in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert.

Im gleichgeschalteten NS-Staat sollte das „Führerprinzip“ von der Spitze einer Pyramide bis zur kleinsten gesellschaftlichen Einheit an der Basis verwirklicht werden. So wie die „Volksgemeinschaft“ insgesamt dem Führer Adolf Hitler direkt unterstellt war, sollte jede Teilgemeinschaft durch Befehl und Gehorsam geführt werden. Dazu wurde auf die feudale Ständeordnung zurückgegriffen: Nicht nur im Handel und im Gewerbe, auch in der Landwirtschaft („Reichsnährstand“). In der Industrie waren die Unternehmer „Wirtschaftsführer“ in ihren „Betriebsgemeinschaften“, die Arbeitnehmer wurden in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) zwangsvereint.

In ihrem Kampf gegen „das Judentum“ verlor das Nazi-regime keine Zeit. Schon am 1. April 1933 wurde unter der Parole „Kauft nicht bei Juden!“ ein Boykott jüdischer Geschäfte, Handwerker, Ärzte und Anwälte ausgerufen. In Freiburg waren gut 250 Läden, Betriebe und Praxen betroffen. Ab 10 Uhr verwehrten SA-Männer Kunden den Zutritt zu jüdischen Geschäften. Das NS-Blatt „Der Alemanne“ hatte zuvor Namenlisten jüdischer Einzelhändler veröffentlicht und einzelne Geschäftsleute durch Hetzartikel zusätzlich diffamiert, indem ihnen unlauteres Geschäftsgebaren oder gar „Schürzenjägerei“ nachgesagt wurde. Auch wenn zynischerweise behauptet wurde, bei der Boykottaktion sei „keinem Juden auch nur ein Haar gekrümmt“ worden, waren die Folgen verheerend. Viele Kunden, die sich in der Anfangszeit noch mutig gegen die antisemitische Hetze gestemmt hatten, mieden künftig aus Angst jüdische Geschäfte, und dort gingen schnell die Umsätze zurück.



Am 1. April 1933 marschierte die SA vor den jüdischen Geschäften auf, um Inhaber und Kunden einzuschüchtern. Auch das Kaufhaus Knopf mit Häusern in Freiburg und Lörrach war betroffen. Die Aufnahme zeigt den „Boykott“ der Nazis vor dem Kaufhaus Knopf in Lörrach, Adolf-Hitler-Straße (heute Basler Straße) 152



„Komfort“ für Kleinwohnungen und Siedlungen; Werbeblatt des Freiburger Sanitärfachgeschäfts Hoffmann von 1937

Die Freiburger Gewerbebank nach der Machtergreifung

Bei der Freiburger Gewerbebank selbst gab es keine Mitarbeiter jüdischen Glaubens. Doch unter ihren Mitgliedern waren viele jüdische Handwerker und Gewerbetreibende, die unter zunehmender Verfolgung zu leiden hatten. Auch die Genossenschaften kamen unter Druck. Der Deutsche Genossenschaftsverband – gleichgeschaltet wie andere Verbände auch – nahm einen Paragraphen in die Mustersatzung auf, der den Ausschluss der „nichtarischen“ Mitglieder nahelegte. Dieser diskriminierende Passus wurde nicht überall in die Satzungen übernommen, auch in Freiburg nicht.

Dennoch war die Freiburger Gewerbebank vom Boykott jüdischer Betriebe und Geschäfte insofern berührt, da eine ganze Reihe ihrer Geschäftspartner und Mitglieder betroffen war. Die Gewerbebank war zum Beispiel „die Bank der Metzger“. Für sie und die Viehhändler war 1934 eigens eine Zahlstelle im Freiburger Schlachthof gegründet worden. Jüdische Viehhändler wurden zur bevorzugten Zielscheibe nationalsozialistischer Hetze.



Eigener Herd ist Goldes Wert – Werbeblatt des Freiburger Haushaltsgeräthändlers Disch von 1935

Genossenschaften und Nationalsozialismus

Am 15. März 1933 erschien im Völkischen Beobachter ein Artikel unter dem Titel „Die Genossenschaften im Kampf um ihre Idee“. Das demokratische Selbstverwaltungs- und Organisationsprinzip der Genossenschaften wurde als historisch überlebt bezeichnet, Genossenschaften sollten der NS-Ideologie und dem Führerprinzip untergeordnet werden. „Die heutigen Genossenschaften haben nicht immer die Kraft, nationalpolitische, wirtschaftlich-schöpferische, aufbauende Keimzellen zu werden. Die heutige Idee des Genossenschaftswesens wird mit der Zeit des sterbenden Kapitalismus selber ihr Ende finden; die Führer des Genossenschaftswesens werden die Schwingungen der neuen Zeit erkennen müssen – einer Zeit, die nicht ausschließlich im Individuum, im ‚Ich‘ Genüge finden kann, sondern die Bindung in höhere Kräfte, an die Kräfte des Volkstums finden will und finden wird, Wille und Kraft zu dieser Entwicklung ist in vielen Genossenschaften vorhanden, Pflicht der Führer ist es, Kraft und Willen zu dieser neuen großen Idee zu binden und zu formen.“

Während den mittelständischen Kreditgenossenschaften jedoch eingeräumt wurde, dass sie zur Einsicht kämen und das Führerprinzip aus eigenem Antrieb in ihren Organisationsstrukturen verwirklichten, wurde den sozialdemokratisch, also „marxistisch“ beeinflussten Konsumgenossenschaften der Kampf angesagt.

Viele ihrer Geschäftsführer wurden verhaftet, die Organisationen aufgelöst.

Werbung des Freiburger Sportartikel-Kaufhauses Blust von 1939

Winter 1938/39



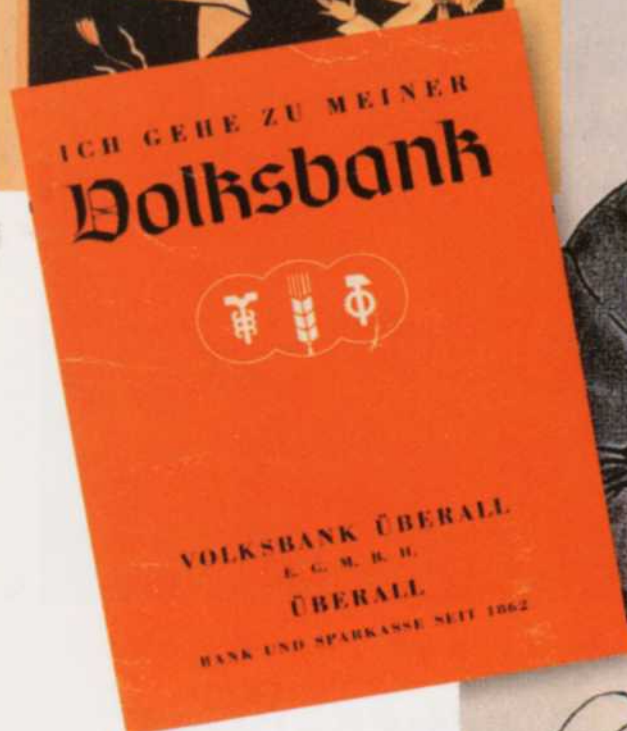
Photo C. J. Lottler

Das altbewährte Haus
C. Werner-Blust

FREIBURG I. BR.
ADOLF-HITLER-STRASSE 195

Fernruf 4444

Postscheckkonto:
Karlruhe Nr. 185



Werbung
der Volksbanken
in den dreißiger
Jahren



*Nur Sport, Sport
für die Zukunft!*

Im Räderwerk der Gleichschaltungspolitik

Nur wenige Wochen nach der Machtergreifung geriet auch die Freiburger Gewerbebank in den Sog nationalsozialistischer Ordnungspolitik. Auf einer Zusammenkunft von Vorstand und Aufsichtsrat am 11. April 1933 berichtete Direktor Carl Hoffmann über eine Sitzung der Haftungsgenossenschaft badischer Kreditgenossenschaften in Karlsruhe und des Kreditausschusses bei der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland, Karlsruhe. Direktor Fritz Fischer erstattete seinerseits Bericht über eine Vorstandssitzung der badischen Kreditgenossenschaften in Offenburg. Da wie dort, so die Direktoren übereinstimmend, sei den Genossenschaften nahegelegt worden, sich an der nationalsozialistischen Kampfbund-Organisation NS-Handelsorganisation (NS-Hago) zu beteiligen. Mit den zuständigen Herren sollte Fühlung genommen werden, „um die Aufnahme der Genossenschaft in diese vaterländische Bewegung zu erreichen“. Schon am 3. Mai 1933 wurden die Richtlinien des in Rastatt ansässigen Verbandes der badischen Kreditgenossenschaft übernommen.

Die Anpassung an die neuen Machtverhältnisse vollzog sich in kleinen Schritten. Die Gewerbebank beteiligte sich an der Adolf-Hitler-Spende „Opfer der Arbeit“ mit 200 RM (30. Juni 1933), nahm 50 Lose zu einer RM für die NSDAP ab, gab 200 RM für die „Freiburger Flugzeugspende“ (15. November 1933) oder eine Spende für das Winterhilfswerk in Höhe von 300 RM. Vorstand und Aufsichtsrat ahnten, „dass auch eine regional und lokal tätige Bank der allerorten vonstatten gehenden Gleichschaltung nicht widersetzen“ könne, wie sie intern protokollierten. Ende September 1933 erfolgte bei einer Vorstandssitzung im Hinblick auf die nächste Generalversammlung im Frühjahr 1934 eine von Direktor Emil Sepp „angeregte Aussprache über die eventuell zu erwartende Gleichschaltung des Aufsichtsrates und Vorstandes“. Es ging um Personalfragen. Schon jetzt sollte „festgestellt werden, welche Vorschläge bezüglich einer Besetzung der Aufsichtsratsstellen in den Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Herren gemacht werden können. Man ist einstimmig der Meinung, dass im Hinblick auf die gegenwärtige Lage diese Fragen von langer Hand vorbereitet werden müssen, um ein den Geschäftsbetrieb unseres Instituts förderndes und das Vertrauen nach außen stärkendes Resultat zu erzielen.“

Die Gewerbebank wird zum Sanierungsfall

Doch die schlimmste Krise der Gewerbebank war hausgemacht: Ende Februar 1934 wurde Direktor Fritz Fischer – ein einmaliger Fall in der Geschichte der Gewerbebank – fristlos entlassen, wegen „unkorrekten außerdienstlichem Verhaltens“, wie es Oberbuchhalter Winkler in seinen Erinnerungen beschrieb. Die „Sonderakten“ über den Vorgang sind verschollen, vermutlich wie viele Dokumente jener Zeit beim Bombenangriff 1944 verbrannt. Aus den anderen Aufzeichnungen lässt sich jedoch Folgendes rekonstruieren: Der Aufsichtsrat warf dem entlassenen Direktor vor, bei der Vergabe von Krediten zu riskant vorgegangen zu sein und nicht auf ausreichende Sicherheiten geachtet zu

haben. Da zur selben Zeit sowohl größere Rücknahmen von Geschäftsanteilen erfolgt waren als auch die Eintreibung genossenschaftlicher Pflichtanteile mit zu wenig Nachdruck betrieben worden war, hatte sich in kurzer Zeit ein Fehlbetrag von etwa 350.000 RM angehäuft.



Der Bertoldsbrunnen 1936

Die Generalversammlung am 26. März 1934 im Kaufhaussaal fand unter Aufsicht von außen statt. Neben Vorstand, Aufsichtsrat und 110 Mitgliedern waren auch zwölf Gäste, darunter Verbandsvorstand Günther aus Rastatt, anwesend. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Fabrikant Emil Göhring, eröffnete die Versammlung mit einem Sieg-Heil-Ruf auf Adolf Hitler. Direktor Hoffmann lobte die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die durch die nationalsozialistische Revolution hervorgerufen worden seien und die ein großzügiges Programm für die Arbeitsbeschaffung im Gefolge gehabt hätten. Die Rettung der Landwirtschaft und des Mittelstandes sei erstes Gebot der neuen Regierung gewesen und habe verschiedene Maßnahmen ausgelöst wie landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren, Erbhofgesetz, Steuergutscheine, Steuernachlässe und Zuschüsse zu Hausreparaturen und Wohnungsumbauten. Hoffmann sprach von der Finanzierung dieser riesigen Arbeitsbeschaffung, der Besserung der Wirtschaftslage und dem Rückgang der Arbeitslosenzahl und führte schließlich die Ideale und die segensreiche Wirkung der Kreditgenossenschaften am Mittelstand vor Augen, bevor er zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes überging.

In Anwesenheit der Verbandsvertreter musste die Gewerbebank einräumen, dass sie ein Sanierungsfall geworden war. Deshalb wurde eine weitreichende Änderung der Statuten in vier Paragraphen beschlossen. Funktion und Position des Aufsichtsrates wurden neu geregelt: „Er besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern, die auf drei Jahre gewählt sind und von denen alljährlich ein Drittel ausscheidet.“ Fortan sollten die Bekanntmachungen der Genossenschaft nur noch im NS-Parteiblatt „Der Alemanne“ und nicht mehr wie zuvor in der bei den Nazis in Ungnade gefallenen „Freiburger Zeitung“ erscheinen. Verbandsdirektor Günther erklärte, dass die Gleichschaltung im Aufsichtsrat Sache des Verbandes sei und schlug vor, nach dem Führerprinzip dem von der Kreisleitung der NS-Hago genehmigten Wahlvorschlag die Zustimmung zu erteilen. Der Vorschlag wurde bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Im Aufsichtsrat saßen fortan linientreue (Partei-)Genossen.

Chronologie antijüdischer Gesetze und Verordnungen

- | | | |
|---|---|--|
| <p>1933:</p> <p>1.4. Planmäßiger Boykott jüdischer Geschäfte und Dienstleister</p> <p>7.4. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums</p> <p>26.10. Bevorzugte Beförderung alter Kämpfer unter den Finanzbeamten</p> <p>1934:</p> <p>18.5. Verschärfung der bereits von der Regierung Brüning am 8. 12. 1931 eingeführten „Reichsfluchtsteuer“ mit dem Ziel der finanziellen Beraubung insbesondere jüdischer Auswanderer</p> <p>1935:</p> <p>6.2. Fortfall der steuerlichen Begünstigung für jüdische Vereine, Organisationen usw.</p> <p>15.3. Gesetz zum Schutz deutschen Blutes und der deutschen Ehre, „Reichsbürgergesetz“</p> <p>1936:</p> <p>24.3. Streichung der Kinderbeihilfen für Juden</p> <p>29.12. Erlass des Reichsfinanzministers und Verfügung der Gestapo über die „Zusammenarbeit mit der geheimen Staatspolizei“</p> | <p>1938:</p> <p>26.4. Verordnung über die Anmeldung jeglichen Vermögens von Juden über 5.000 RM</p> <p>9./10.11. „Reichskristallnacht“: Zerstörung von Synagogen und jüdischen Geschäften</p> <p>12.11. Verordnung über die „Sühneleistung“ der Juden deutscher Staatsangehörigkeit („Judenvermögensabgabe“) in Höhe von einer Mrd. RM</p> <p>Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben</p> <p>Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben (Verbot des Besuchs von Konzerten, Theatern, Kinos usw.)</p> <p>15.11. Entfernung jüdischer Kinder aus den Schulen</p> <p>28.11. Einführung von Wohnbeschränkungen für Juden („Judenhäuser“)</p> <p>5.12. Kürzung von Pensionen jüdischer Beamter</p> <p>3.12. Juden wird die Verfügung über ihre Wertpapiere entzogen</p> <p>12.12. Genereller Depotzwang für Wertpapiere in jüdischem Besitz</p> | <p>1939:</p> <p>1.1. Einführung der Zwangsvornamen „Sara“ und „Israel“</p> <p>19.10. Erhöhung der Judenvermögensabgabe von bislang 20 Prozent auf nunmehr 25 Prozent des Vermögens</p> <p>1940:</p> <p>19.8. Kein Steuernachlass bei Grundbesitz von Juden</p> <p>22.10. Deportation der badischen und pfälzischen Juden nach Gurs</p> <p>1941:</p> <p>1.9. Einführung des Judensterns (ab sechs Jahren) in der sogenannten „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden“</p> <p>14.10. Beginn der systematischen Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet</p> <p>4.11. Regelung zur Verwertung des Eigentums deportierter Juden</p> <p>25.11. Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz über Einziehung jüdischen Vermögens bei Deportation</p> <p>1942:</p> <p>29.4. Verlust von Ruhegehaltsansprüchen deportierter Juden</p> |
|---|---|--|

Neuer geschäftsführender Direktor wurde Helmut Heberle, ein Verwaltungsfachmann, der, wie Oberbuchhalter Winkler schrieb, „mit eisernem Besen“ die Sanierung der Bank betrieb – ein Prozess, der mehrere Jahre andauerte.


Krisenbewältigung durch „Garantiegemeinschaft“

Die erste Publikumsanzeige der Freiburger Gewerbebank in der Tagespresse von 1935

Bei der Generalversammlung 1935 – mit über dreieinhalb Stunden Dauer eine der längsten in der Geschichte der Gewerbebank und mit anwesenden 200 Mitgliedern so gut besucht wie selten – wurde das Sanierungskonzept vorgestellt und verabschiedet. Vorstand und Aufsichtsrat sollten eine „Garantie-

gemeinschaft“ gründen und zusammen 50.000 RM aufbringen, die Einlagen der Mitglieder wurden um 20 Prozent abgeschrieben, was weitere 84.000 RM erbrachte. In einem 15-Punkte-Papier wurde detailliert festgehalten, unter welchen Bedingungen sich der Genossenschaftsverband bereit erklärte, seinerseits 194.000 RM zuzuschießen. So waren etwa die Verwaltungskosten zu senken, was zur Streichung außertariflicher Leistungen führte, die vor allem langjährigen Mitarbeitern gezahlt worden waren. Für 1934 wurde keine Dividende ausgeschüttet, erst im Falle einer erfolgreichen Sanierung sei das wieder möglich.

Mit dem neuen Direktor Helmut Heberle, der von der Volksbank Müllheim gekommen war, setzte ein neuer Kommunikationsstil ein. Zuvor, so Oberbuchhalter Winkler in seinen Erinnerungen, war niemals Werbung betrieben worden. Heberle hingegen habe es verstanden „mit der Kundschaft zu verkehren. Von da an begann auch eine starke Werbung und Reklame. Die Generalversammlungen waren wieder etwas besser besucht. Ein großes Verständnis zeigte er für die Belange der Angestellten. Er führte die Betriebsausflüge ein.“ 1935 wurde die



EFFEKTEN

Freiburger Gewerbebank
e. G. m. b. H. / Gegründet 1866
mit Nebenstelle in Todtnau/Schw.
Freiburg i. Br. - Alte Collegiengasse 5 - Telefon 5006

Wir erlauben uns, Sie hierdurch auf unsere Geschäftstätigkeit aufmerksam zu machen.

Unser Arbeitsgebiet umfasst folgende Sparten:

- 1 Eröffnung von laufenden Scheck- und Sparkonten,
- 2 Annahme von Spargeldern zum jeweils festgesetzten Zinsfuß,
- 3 Diskontierung von Warenwechseln,
- 4 An- und Verkauf von Wertpapieren, sowie Ausführung von Börsenaufträgen,
- 5 Beschaffung von Reiseschecks und Reisekreditbriefen,
- 6 Gewährung von Darlehen gegen entsprechende Sicherheiten,
- 7 Verwaltung und Verwahrung von Wertpapieren und Wertgegenständen,
- 8 Übernahme von Vermögensverwaltungen.

Wir glauben sicher, dass auch Sie in Ihren Geldangelegenheiten den Rat erfahrener Bankfachleute zu schätzen wissen.

Eine Fühlungnahme mit uns wird Ihnen sicher wertvolle Anregungen bringen, die für die zweckdienliche Anlage Ihrer Gelder beachtenswert sind.

Mit Deutschem Gruss !
Freiburger Gewerbebank
e. G. m. b. H. / Gegründet 1866

Ihre Bank - Ihr Berater

erste Anzeige der Gewerbebank in der Tagespresse geschaltet: Eine Dame mit elegantem Hut lässt sich von einem gesetzten Bankangestellten am Effektschalter beraten. Es sind immerhin schon acht Produkte, vom Sparkonto bis

hin zur Übernahme von Vermögensverwaltungen, welche die Bank ihren Privatkunden mit „deutschem Gruß“ empfiehlt. Es beginnt die Zeit der Slogans: „Brauchst Du Rat und Auskunft, komme zu Deiner Genossenschaft. Dafür ist sie da!“ Und 1940 wurden Geschenkgutscheine für Neugeborene ausgegeben, erste Ansätze für neuzeitliche Marketingmethoden.

Geschenkgutschein-Umschlag samt drei RM Kontoguthabenbon für Neugeborene von 1940



Freiburgs Wirtschaft in den dreißiger Jahren

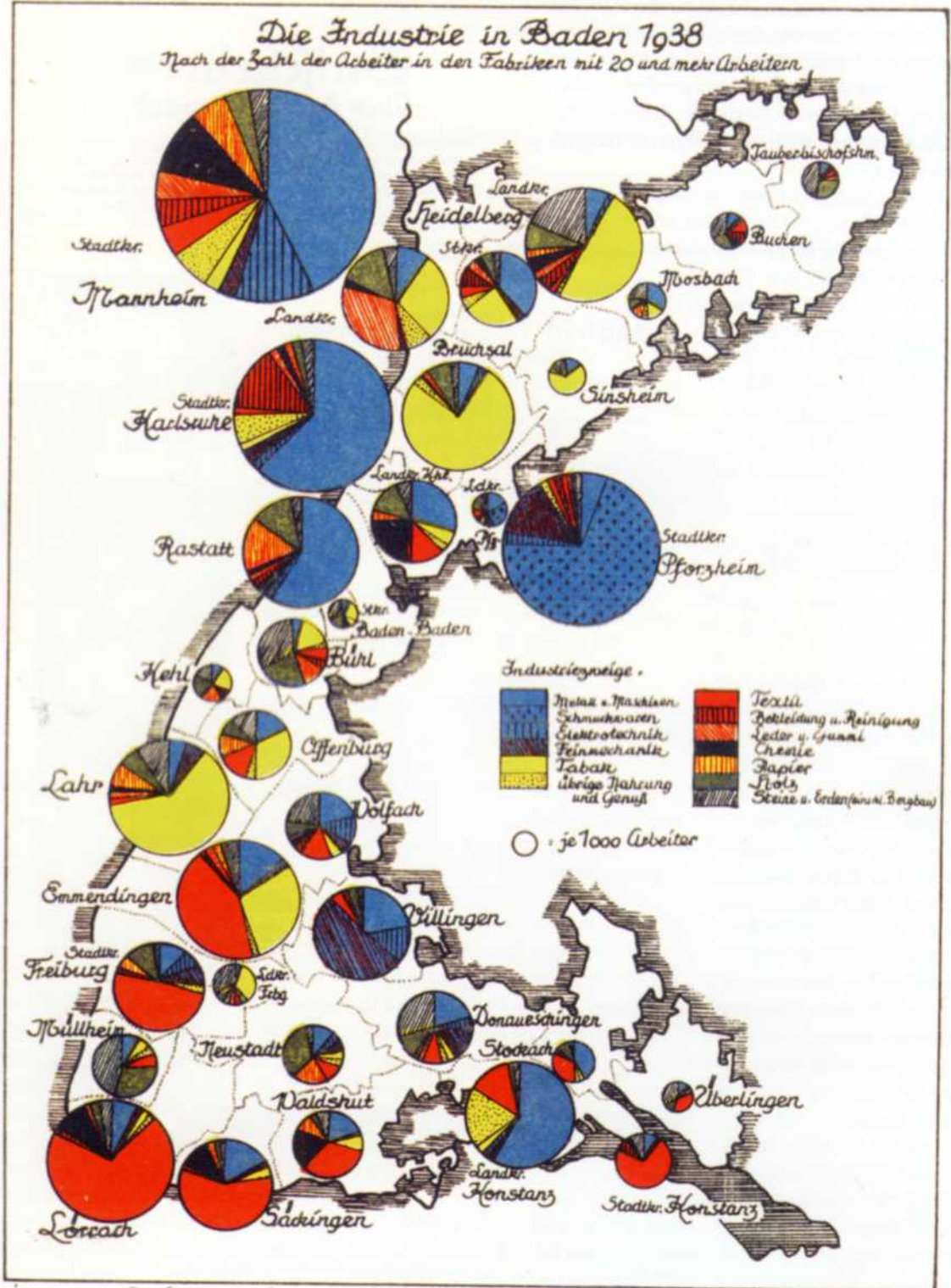
Die Nationalsozialisten profitierten von den Maßnahmen früherer Regierungen. Das bis in die späten dreißiger Jahre hin niedrige Niveau der Löhne, Renten und Preise ermöglichte der Wirtschaft ab 1933 große Produktivitätszuwächse, die das Gefühl eines wirtschaftlichen Aufschwungs erweckten. In Wirklichkeit wurde erst Ende der dreißiger Jahre das Lohnniveau von 1928 erreicht. Die Hitler-Regierung finanzierte den Aufschwung zusätzlich mit der Notenpresse. In Freiburg wurde ein Arbeitsbeschaffungssamt eingerichtet, und Oberbürgermeister Kerber legte ein „Freiburger Programm“ gegen die Arbeitslosigkeit auf. Günstige staatliche Kredite, billiges Baugelände, Gebührener-

lasse, Senkung der Grund- und Gewerbesteuern sicherten dem neuen Regime die Zustimmung der Klein- und Mittelbetrieblenen.

Die städtischen Investitionen stiegen von 2,4 Millionen RM 1933 auf vier Millionen RM 1934 an. Die Zahl der Arbeitslosen halbierte sich von 4784 im Jahr 1933 binnen Jahresfrist, 1935 waren noch knapp 2.000, zwei Jahre später gut 1.000 Personen erwerbslos. Umgekehrt hatte sich zwischen 1925 und 1939 die Zahl der Erwerbstätigen in Freiburg um etwa 20 Prozent erhöht. Vor allem in der chemischen Industrie (Rhodiaseta) stieg deren Zahl von 67 (1925) auf 1.078 (1939) an, in der eisen- und metall-

verarbeitenden Industrie von 2.180 auf 3.610.

Zwischen 1934 und 1937 wurden jährlich etwa 620 Neubauten errichtet. 1938 ging wegen anstehender „Baumaßnahmen des Reiches zum Zwecke der Landesverteidigung“ der private Wohnungsbau deutlich zurück, die Wohnungsknappheit blieb ein Freiburger Problem. Auch galt die Stadt als „zu teuer“, was an der transporttechnisch ungünstigen Lage als auch der immer noch dominierenden bürgerlichen Kundschaft lag: „In Freiburg ist vielfach die gehobene Qualität, ein Blick in die Schaufenster zeigt es, die gesuchte, die gangbare.“



Direktor Heberles Sanierungspolitik zeigte Wirkung, die Freiburger Gewerbebank erholte sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, obwohl das Umfeld dazu nicht eben optimale Voraussetzungen bot: In der wirtschaftlichen Entwicklung hinkte Baden dem Reich deutlich hinterher. Durch den Versailler Vertrag war der Oberrhein als Pufferzone zu Frankreich im Nachteil. Industrien, die möglicherweise Rüstungsgüter hätten produzieren können, durften hier nicht angesiedelt werden. Da dies bei Metallbetrieben fast zwangsläufig der Fall war, wurden Neuansiedlungen, aber auch Betriebserweiterungen jahrelang unterbunden. Selbst der Ausbau der Reichsautobahn von Frankfurt nach Basel wurde nicht wie vorgesehen in Angriff genommen.

Umsatzentwicklung in Baden im Vergleich zum Reichsgebiet

Jahr	Gesamtumsatz (1928 = 100)		Veränderung geg. 1928 und den Vorjahren in Prozent	
	Baden	Reich	Baden	Reich
1932	46,7	51,5	- 51,7	- 41,4
1933	52,7	57,2	+ 6,0	+ 5,7
1934	64,2	70,5	+ 11,5	+ 13,3
1935	71,8	76,7	+ 7,6	+ 6,2
1936	81,6	91,1	+ 9,8	+ 14,4
1937	93,9	105,6	+ 12,3	+ 14,5
1938	110,6	120,7	+ 16,7	+ 15,1

(Quelle: Roland Peter: Rüstungspolitik in Baden, München 1995, S. 91)

Die „Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“

Die nationalsozialistische Diktatur festigte nach wenigen Jahren ihre Macht so weit, dass sie außenpolitische Rücksichten und innenpolitische Hemmungen nach und nach abstreifen konnte. Die heimliche Aufrüstung und die Befriedigung von Massenbedürfnissen („Kraft durch Freude“) gingen einher mit der Drangsalierung und Enteignung der deutschen Juden: Berufsverbote für Lehrer, Beamte und Anwälte, „Rassegesetze“ und die öffentliche Brandmarkung durch den Judenstern waren die Vorstufe für Vertreibung und Vernichtung.

Die Freiburger Gewerbebank hat fast bis zum Ende der 1930er Jahre keine jüdenfeindliche Geschäftspolitik betrieben. Auch jüdische Mitglieder bekamen noch Kredite, eine systematische Ausschlusspolitik ist nicht zu erkennen. Das 1934 erlassene Kreditwesengesetz als auch das Depotgesetz von 1937 waren indessen Bausteine, die Geldinstitute im Sinne der NS-Politik zu instrumentalisieren. In das Räderwerk der Enteignung gerieten alle Banken im April 1938, als ihnen auferlegt wurde, jüdische Inhaberkonten mit mindestens 5.000 RM offenzulegen. Die Reichspogromnacht vom 9. November 1938, in der auch die Freiburger Synagoge in Brand gesteckt wurde, war der Auftakt, mit den Juden „endgültig aufzuräumen“. Obwohl die Nationalsozialisten selbst die Brand-

Die ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder der Freiburger Gewerbebank*

Name	Gewerbe	Mitgliedsnr.
Weil, Julius	Kaufmann	4.180
Weil, Samuel	Kaufmann	5.071
Kahn, Delphine	Weißwaren	5.243
Model, Louis	Pferdehändler	5.636
Günzburger, Leopold	Viehhändler	5.680
Uffenheimer, Jacob	Viehhändler	5.769
Gundelfinger, Moritz	Viehhändler	9.581
Weil, Gustav H.	Kaufmann	9.661
Bloch, Moritz	Handelsmann	10.047
Mayer, Max	Metzgermeister	10.248
Maier, Samuel	Kaufmann	11.275
Grumbach, Dr. Robert	Rechtsanwalt	11.574
Weil, Edmund	Weinhändler	11.753
Mayer, Julius	Kaufmann	12.295
Günzburger, Gebr.	Eisenhandlung	12.661
Reinmann, Julius	Holzhändler	12.770
Meyer, Eugen	Rechtsanwalt	13.109
Gros, Gebr.	Tuchhandlung	13.470

*Ausgeschlossen aufgrund der am 12. November 1938 von Hermann Göring verfügten „Ausschließung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ – nach den Unterlagen der Freiburger Gewerbebank (Zeitraum der Aufnahme 1893 bis 1935, Registriernummern 3.415–14.537)

Einträge in den Mitgliederverzeichnissen: „Ausschließung auf Grund der Verordnung vom 12. November 1938 betr. die Ausschließung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“

Eintragsnr.	Genossen			Weitere Geschäftsanteile		Auscheiden			Bem.
	Tag der Eintragung	Name und Beruf	Wohnort	Tag der Eintragung	Teil der gesamten Geschäftsanteile	Tag der Eintragung	Grund des Auscheidens	Tag des Auscheidens	
11275	4. Feb. 1821	Kahn Samuel Kaufmann 1870 1878	Freiburg i. B.			31. Aug. 1938	Ausschließung auf Grund der Verordnung vom 12. Nov. 1938 betr. die Ausschließung der Juden aus dem Wirtschaftsleben	31. Aug. 1938	
10248		Nr. 2498 Karl Mayer Metzgermeister Nr. 2590				31. Aug. 1938	Ausschließung auf Grund der Verordnung vom 12. Nov. 1938 betr. die Ausschließung der Juden aus dem Wirtschaftsleben	31. Aug. 1938	

